

Respektlos an der Fleischtheke - respektlos gegenüber Vätern

„Wenn du weiter nichts für die Schule lernst, dann stehst du auch mal dort hinten!“ Diesen Satz einer Mutter zu ihrer Tochter am Mittwoch an der Fleischtheke eines EDEKA-Marktes im fränkischen Lichtenfels (bei Bamberg) hörte die Verkäuferin. Und sie realisierte: Sie selbst war gemeint!

Noch am gleichen Abend wandte sich der Markt mit einer harschen Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin heißt es:

“Dem können wir nicht zustimmen! Wenn Ihr Kind weiterhin nichts lernt, dann steht es in der Schlange am Arbeitsamt!

In unseren Filialen arbeiten nämlich nur gut ausgebildete Fachkräfte, mit Schulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung, viele mit mittlerer Reife, einige sogar mit Abitur.“

Und weiter:

“Einen Abschluss in Empathie und Menschlichkeit, Respekt und Wertschätzung erhält Ihr Kind nicht in der Schule - aber das erledigen wir später gerne für Sie. Falls Ihr Kind doch den Abschluss schafft und mit etwas Glück vielleicht dann doch hinter unserer Fleischtheke steht und eine Ausbildung macht, dann werden Menschen wie Sie trotzdem mit einem Lächeln bedient, da es bei uns gelernt hat, dass jeder Mensch Respekt verdient. Auch wenn es manchmal etwas schwerer fällt!“

Bamm! Das sitzt, oder?

Ähnliches passierte im niedersächsischen Gifhorn, auch bei EDEKA. Da beklagte die Geschäftsführung des Marktes öffentlich, dass „beim kleinsten Anlass gepöbelt, geschimpft und beleidigt“ werde. Ihre Mitarbeiter müssten sich von Kunden als „lahmarschig“ oder „unfähig“ beschimpfen und manchmal sogar als „Arschlöcher“ titulieren lassen.“

Das Ganze fügt sich nahtlos in vergleichbare Beispiele überall in unserer Gesellschaft ein. Der Respekt vor anderen Menschen sinkt überall, nicht nur im Sußmarkt oder Bäckerladen. Denken Sie zum Beispiel an Respektlosigkeiten gegenüber Polizei und Rettungssanitätern. Oder gegen Ärzte und Pfleger in der Notaufnahme des Krankenhauses.

Diese Gesellschaft verrotzt, und über die Ursachen lässt sich trefflich streiten. Offenbar haben viele Leute ihren Kompass für Anständigkeit und gutes Benehmen verloren - wenn sie ihn denn überhaupt jemals hatten.

Wie alles gibt es natürlich auch hier noch eine Kehrseite. Gerade EDEKA hat mit einem diskriminierenden Werbespot zum Muttertag für harsche Reaktionen gesorgt. In dem Kurzvideo werden Szenen aus dem normalen Familienalltag dargestellt - so ein Vater, der beim Babybrei-Kochen überfordert ist, ein anderer, der einschläft, als ihm sein Sprössling etwas erzählen will. Der Spot schließt

mit den Worten einer Tochter an ihre Mutter: „Danke Mama, dass du nicht Papa bist.“ Mehr Diskriminierung geht nicht. EDEKA hat recht, sich vor ihre engagierten und übrigens häufig sehr freundlichen Mitarbeiter zu stellen. Aber eine Marke wie dieser große Konzern hat auch die verdammte Pflicht, sich selbst in der Außendarstellung jeglicher Diskriminierung zu enthalten.

Wieder linke Gewalt gegen Andersdenkende an einer Universität

Universitäten sollten Einrichtungen der Forschung und Lehre und besonders des freien Diskurses sein. In Deutschland hapert es mit dem freien Diskurs an den Hochschulen zunehmend. Sie erinnern sich sicher an geplante Vorträge an Unis, wo Veranstaltungen abgesagt wurden, weil ein linker Mob gegen unliebsame Referenten (Wendt, Kutschera) mobilisiert hatte.

Erst vor wenigen Wochen hatte sich in Frankfurt die Präsidentin der Goethe-Universität Birgitta Wolff demonstrativ vor die Ethnologin Susanne Schröter gestellt. Die hatte eine wissenschaftliche Konferenz zum „Kopftuchstreit“ organisiert und damit eine beispiellose „Hetzkampagne“ gegen sich selbst ausgelöst. Die Veranstaltung (u.a. mit Alice Schwarzer) konnte schließlich unter starken Sicherheitsvorkehrungen stattfinden. Inzwischen gibt es öffentliche Forderungen, Schröter zu entlassen. Und der AStA, also die Studentenvertretung, diskutiert allen Ernstes darüber, welche Positionen welcher Diskussionsteilnehmer an einer Universität zugelassen werden dürfe und welche nicht.

Ähnlich vor wenigen Tagen an der ehrwürdigen Bonner Universität. Dort hatte die christliche Studentenorganisation „Studentisches Kulturforum Bornewasser“ zu Vortrag und Diskussion Alexander Tschugguel eingeladen, den Mitorganisator des „Marsch für das Leben“ in Wien.

Wenig christlich verhielten sich dabei etwa 200 linke Aktivisten. Zahlreiche Organisationen hatten den Aufruf zum Widerstand gegen die Veranstaltung unterzeichnet, darunter SDS, Jungsozialisten (SPD) und Grüne Hochschulgruppe, natürlich auch das „LGBT*IQ+ Jugendzentrum GAP“ und das „Referat für Frauen- und Geschlechtergerechtigkeit“. Sie alle finden Vorträge über den Schutz des menschlichen Lebens „menschenfeindlich und fundamentalistisch“. Und so begaben sich die Schreihälse nach ihrer Gegenkundgebung im Arkadenhof der Universität ins Hauptgebäude. Die Veranstalter des Kulturforums sagten dem Sicherheitsdienst der Uni, andere Meinungen seien ihnen ausdrücklich willkommen.

Aber wie üblich ging es diesen Leuten nicht um „Meinungen“. Sie blockierten den Eingang zum Hörsaal und skandierten dumpfe Parolen wie „Homophobie, raus aus der Uni“ und „Halt die Fresse“. Transparente hatten sie auch dabei, etwa eins mit der besonders geschmacklosen Aufschrift „Masturbation statt Kommunion“.

Was lehrt uns das?

- 1) Toleranz gegenüber Intoleranten zahlt sich niemals aus.
- 2) Die Hochschulen müssen als Horte des freien Meinungs-austausches energisch verteidigt und erhalten werden.
- 3) In ihrer ganzen Hilflosigkeit setzt das linke Aktivistenvmilieu in Deutschland längst nicht mehr auf die Kraft von Argumenten. So wie man auch AfD-Veranstaltungen in vielen Städten mit Gewalt verhindern will, so versucht man auch unliebsame Positionen und Menschen aus den Unis zu drängen.

Das dürfen wir nicht zulassen.

Lesen Sie dazu auch [hier](#)

Klima-Streik mit Konsequenzen

Böse Überraschung für einige Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums im Berliner Bezirk Wedding. Weil sie immer wieder an den sogenannten „Fridays for Future“-Demos teilgenommen und dafür den Unterricht geschwänzt haben, hat ihnen die Schulleitung jetzt gedroht, „bei einem weiteren Streikbesuch nicht versetzt zu werden“. Betroffen sind wohl 13 Schüler, die jetzt - hoffentlich außerhalb des Unterrichts - eine empörte Pressemitteilung dazu verfasst haben. Böse, böse Schulleitung...

Sex-Skandal beim Tagesspiegel: Ob da wohl Köpfe rollen?

Ein älterer Reporter des traditionsreichen bürgerlichen „Tagesspiegel“ soll über Jahre hinweg jüngere Kolleginnen aus der Redaktion sexuell belästigt und gestalkt haben. Darüber hat jetzt das

Nachrichtenportal „*Buzzfeed*“ berichtet. Danach soll der Mann, der seit 20 Jahren bei der Berliner Tageszeitung arbeitet, eine Journalistin des Hauses bei einer Feier „bedrängt“ und sie später im Taxi an den Busen gefasst haben. Berichtet wird auch über eine andere Journalistin, die mit dem Mann eine kurze Affäre hatte. Als die endete, habe er sie unzählige Male angerufen und belästigt.

Der Beschuldigte wurde inzwischen von der Chefredaktion freigestellt. Die Redaktion insgesamt gab sich selbstkritisch, dass man im Zuge der #MeToo-Kampagne zwar andere kritisiert habe, aber wohl in den eigenen Reihen nicht richtig hingeschaut habe.

Vorgesetzte also, die nichts oder zu wenig unternommen haben, als Vorwürfe sexueller Belästigung bei den Mitarbeitern bekannt wurden. Genau das hat man ja auch dem ehemaligen Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen – einem früheren Stasi-Knast – vorgeworfen. Weil Hubertus Knabe einer unseligen Strippenzieher-Gemeinschaft aus CDU- und Linken-Politikern in Berlin und Brandenburg zu unbequem wurde war beim Benennen der Versäumnisse bei der Aufarbeitung des DDR-Unrechtsstaates, ergriff man die gute Gelegenheit und schmiss den untadeligen Leiter kurzerhand raus. Er habe nicht energisch genug eingegriffen, als es Vorwürfe sexueller Belästigung gegen seinen Stellvertreter gab, heißt es.

Berlins AfD-Chef Georg Pazderski brauchte es heute genau auf den Punkt, als er auf *Twitter* einen Tweet absetzte mit der Frage: „Stürzt jetzt #Tagesspiegel Chefredakteur @LorenzMaroldt?“ Und dazu setzt er den Hashtag #metoo. Mal schauen, ob in Berlin gleiches Recht für alle gilt. Oder ob Manche gleicher sind als Andere....

Ja, wer war das denn bloß?

Die Moderatorin von „1Live“, der Jugendwelle des Westdeutschen Rundfunks, war vorhin ganz schön angespannt. Zwei Mal erwähnte sie in der Meldung über den gestrigen Bombenanschlag in der ostfranzösischen Stadt Lyon, dass ja über die Hintergründe noch gar nichts bekannt sei und man auch das Motiv der Täter nicht kenne. Und im Ohr des Zuhörers schwingt sogleich der Gedanke mit, dass die Attentäter doch auch Rechtsradikale oder wenigstens bayerische Touristen hätten sein können. Warten wir es ab!

Frankreichs Präsident Macron wurde deutlicher, als er über diesen Anschlag vor einer Bäckerei in der Rue Victor Hugo, einer belebten Fußgängerzone, sprach. Es handele sich um einen „Angriff“ auf sein Land. Die Ermittlungen wurden inzwischen von der Anti-Terror-Einheit der Polizei übernommen. Frankreich hat halt mehr Erfahrungen mit Terror als so eine 1Live-Sprecherin...

Neues aus dem Hause von der Leyen

Uschi hat wieder zugeschlagen. Soldaten sind aufgefordert, einen Fragebogen mit dem idiotischen Thema „Bunt in der Bundeswehr? Ein Barometer der Vielfalt“ des Verteidigungsministeriums auszufüllen. In Zeiten, in denen Fachleute die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte in einem Ernstfall nachdrücklich in Frage stellen, werden die jungen Männer und Frauen, die unser Land schützen und verteidigen sollen, mit Fragen zu sexuellen Vorlieben, Vielfalt und Gender-Schwachsinn behelligt.

Es tut mir ehrlich leid um unser aller Kinder, die mit hoher Motivation und gegen viele Anfeindungen ihren Dienst als Staatsbürger in Uniform leisten und mit solchen Aktionen aus dem Hause von der Leyen zum Gespött gemacht werden. Flugzeuge, die nicht starten, Gewehre, die nicht treffen, U-Boote, die nicht tauchen – aber das Ministerium untersucht, wie es um den Sex in der Truppe steht.

Frau von der Leyen ist eine Belastung für ihr Amt und eine Zumutung für all diejenigen, die bereit sind, im Ernstfall ihr Leben für uns alle einzusetzen.

Liebesgrüße aus Moskau

Russland ist wieder wer! Natürlich nicht bei Meinungsfreiheit, Innovation oder Wirtschaftskraft, aber bei miesen Tricksereien im Internet. Da spielt Putins Mannschaft in der Champions League. Die *New York Times* berichtet gerade über aktuelle Desinformationskampagnen russischer Blogger im Netz.

Aufgefallen ist den westlichen Sicherheitsdiensten, dass es interessante Schnittmengen bei den Hackern des Kreml und bei politischen Extremistengruppen in den EU-Staaten gibt. Die benutzen nämlich zum Teil die gleichen Server für ihre Fake News-Kampagnen zur Europawahl.

Dass rechte Parteien auf vielerlei Unterstützung aus Moskau hoffen dürfen, ist keine Neuigkeit. Und auch in Washington brodeln die Gerüchte nach wie vor um Wahlkampfhilfe für Trump 2016. Bewiesen ist nichts, aber wo Rauch ist, ist bekanntlich immer irgendwo auch Feuer.

Immerhin: Bekanntermaßen steht der Kreml ja für bunte Vielfalt. Und deshalb ist interessant, dass man jetzt nicht nur Rechts auf vielerlei Unterstützung hoffen darf, sondern ausdrücklich auch linksradikale Organisationen und Parteien in den zweifelhaften Genuss kommen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mein politisches Denken und Handeln richtet sich in allererster Linie an der Frage aus, was gut für mein Land ist. Staatliche Einmischung von außen in unsere freien Wahlen, ist ein unfreundlicher Akt. Egal, von wem...

Sarrazin in der dritten Runde

Gegen Thilo Sarrazin läuft mal wieder ein Parteiausschlussverfahren, das dritte, wenn ich richtig gezählt habe. Ausschluss aus der SPD? Warum eigentlich? Der frühere Finanzsenator beschreibt in seinen Büchern und Vorträgen lediglich äußerst nüchtern die Fakten. Das ist erlaubt in Deutschland.

Nun hat sich die Schiedskommission des SPD-Kreisverbands Charlottenburg-Wilmersdorf zu Wort gemeldet. Dort läuft das Ausschlussverfahren. Die bisherige Begründung des Ausschussbegehrens seitens der Parteivorstands sei zu dünn, behauptet die Kommission. Das aktuelle Buch des Genossen Sarrazin sei nicht ausreichend, um dem Ausschlussbegehren nachzukommen. Es führe „kein Weg daran vorbei, die beanstandeten Äußerungen konkret zu benennen und zu belegen sowie im Einzelnen darzulegen, warum sie den Vorwurf eines parteischädigenden Verhaltens rechtfertigen“.

Da bin ich aber mal sehr gespannt.

Endlich Klartext auch in der CDU

„Ich bin noch kein Mitglied der *WerteUnion*, aber nach dieser Veranstaltung wird sich das ändern...“ Alexander, ein 17-jähriger JU-Mann aus Nürnberg erntete gestern in einem Fraktionsaal der CDU/CSU im Berliner Reichstag rauschenden Applaus für seine Ankündigung, die einen schönen Abschluss des fulminanten Tages bildete. Der konservative *Berliner Kreis* in der Fraktion um Bundestagsabgeordnete wie Sylvia Pantel (NRW), Klaus-Peter Willsch (Hessen) und Veronika Bellmann (Sachsen) hatte eingeladen und 170 gleichgesinnte Parteifreunde aus allen Teilen Deutschlands waren dem Ruf gefolgt.

Im Vorfeld hatte es viel mediale Aufregung und Rauschen im Blätterwald gegeben, denn zum Meinungs austausch kam Fraktionschef Ralph Brinkhaus, der erst vergangenes Jahr - für viele

überraschend – den mächtigen Merkel-Atlas Volker Kauder abgelöst hatte. Und weil das Gespräch nicht-öffentlich war, schreibe ich auch nicht mehr dazu, als dass es stattgefunden hat und eine sehr intensive Diskussion hinter verschlossenen Türen auslöste.

Man darf vermuten, dass der mächtige Fraktionsboss einiges mitgenommen hat, was Qualität und Intensität der neuen Aufbruchs in der Union angeht.

Der Nachmittag im Reichstag stand im Zeichen der Diskussion über ein Sachthema – den Islamismus (oder sollten wir sagen den Islam?) in Deutschland. Der Massenzug von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis in das christlich-abendländische Deutschland beunruhigt viele Bürger, nach meiner bescheidenen Einschätzung eine Mehrheit der Deutschen.

Als Sachverständige hatte der Berliner Kreis dazu die Islam-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall eingeladen, keine „Rechtspopulistin“, sondern ein waschechtes Mitglied der SPD. Sie zeichnete ein beunruhigendes Bild der Netzwerke, die von islamistischen Aktivisten in Deutschland derzeit geknüpft werden und ihrem wachsenden Einfluss auf die Politik in unserem Land. Wer mischt dabei mit? Wer trifft sich zu welchem Anlass mit wem? Welchen Strategien für eine zunehmende Islamisierung des Landes folgen die Aktivisten? Wer unterstützt das in der etablierten Politik? Mucksmäuschenstille herrschte bei den Ausführungen der „unabhängigen Sekten- und Islamismus-Expertin“. Dann durfte auch noch der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Hans-Georg Maaßen reden. Genau genommen stand das nie in Frage, ist Maaßen doch seit 1979 Mitglied der Unions-Familie (Begann in der JU). Warum sollte so ein Mann nicht reden dürfen zu einem Thema, von dem er wahrscheinlich mehr versteht als jeder andere in Deutschland?

Maaßen nahm kein Blatt vor dem Mund. Der islamistische Extremismus in Deutschland werde „vielfach unterschätzt“. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes seien von den Politik in der vergangenen Zeit nicht mit „der notwendigen Sensibilität“ beachtet worden.

Ich wiederhole mich hier, aber die Diskussion um dieses Thema und die Auswirkungen auf die Zukunft unserer Gesellschaft ist – endlich – auch in der CDU angekommen. Vorbei die verklärte Sichtweise auf Kulturbereicherung und bunte Vielfalt, sondern Klartext. Es wird Zeit.

Kevin will einfach nur zurück zu seinen Wurzeln

Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, will die traditionsreiche alte Tante SPD nicht zerstören. Mit seinen Schwachsinnphantasien von der Verstaatlichung der deutschen Automobilindustrie hat er viele seiner eigenen Genossen verstört und erheblichen Anteil an der aktuellen Umfrage, nach der die SPD zwei Prozent verliert bei der Sonntagsfrage. Und dennoch will ich hier eine

Lanze für Kevin brechen.

Ein Jungsozialist tritt für den sozialistische Ideen ein. Ist das wirklich ein Skandal? Natürlich ist Sozialismus ein Irrweg und Verstaatlichungen sind Gift für eine prosperierende Marktwirtschaft. Aber Kühnert will zurück zu den Quellen seiner Überzeugungen in einer Zeit, in der SPD, Union und Grüne bei vielen Themen kaum noch unterscheidbar sind. Das ist der Grund für den dramatischen Vertrauensverlust der einstigen Volksparteien bei den Bürgern. Das ist der Grund, warum es die AfD heute in allen Parlamenten gibt.

Diesen ganzen pappigen Einheitsbrei der vergangenen (Merkel-) Jahre ist kaum noch zu ertragen - auch für mich nicht. Ich bin froh über jeden Politiker, der ausschert, der zurück zu den Wurzeln seiner Überzeugungen will. Auch wenn es eine Schwachsinnsidee mit den Verstaatlichungen ist - Kevin weckt die Erinnerung an die Zeit, wo politische Parteien noch für den richtigen Weg, für die große Linie, kämpften. Das gefällt mir.